

Die „Welt-Zeitung“ erscheint täglich von Montag bis Freitag und Samstag, außer an Feiertagen und Sonn- und Festtagen. Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr. Einzelhefte 1/2 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Kappeler. Druck: W. Kappeler. Druckort: Berlin. Drucknummer: 10. Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr.

Welt-Zeitung

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gründer-Verlag: „Gutenberg's Anstalt's Sonntagsblatt.“

Berlin. 1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementpreise für Berlin: Vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 50 Pf., jährlich 3 Mark. Einzelhefte 1/2 Mark. Ausland: Vierteljährlich 1 Mark 50 Pf., halbjährlich 2 Mark, jährlich 3 Mark 50 Pf. Einzelhefte 1/2 Mark.

Vertrieb: In allen Buchhandlungen und Postämtern.

Die Ministerverantwortlichkeit.

Für die Stimmung in München ist es bezeichnend, daß die offizielle „Allgemeine Zeitung“ die Ausführungen der „National-Zeitung“ ausführlich wiedergibt, welche darthun, daß die Verantwortlichkeit der Kaiserin die Verantwortlichkeit der Reichskanzler bzw. seinem Stellvertreter zufällt. Die „Münchener Nachrichten“ publizieren auf der Spitze ihres Blattes die Mitteilung der „Nat. Ztg.“.

Dies in Berlin seiner der verantwortlichen Minister, auch der Reichskanzler nicht, von der Verantwortlichkeit des Reichswesens zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler von Bayern durch das Wolffsche Bureau vorher Kenntnis gehabt habe; infolge dessen dieser die Verantwortung, welche die Verantwortlichkeit der Ministerverantwortlichkeit auf. Da jedoch der Kaiser weder durch einen Reichswesenswechsel mit einem befreundeten Monarchen, noch durch Anordnung der telegraphischen Verantwortlichkeit der gescheiterten Reichswesensverwaltung eine Regierungshandlung in dem eigentlichen Sinne des Wortes ansieht, so kann auf dem anderen Gebiete der Reichswesensverwaltung die Verantwortlichkeit der Ministerverantwortlichkeit auf. Die Mittel zur Abhilfe liegen nicht in irgend einer konstitutionellen Theorie, sondern in einer ministeriellen Praxis, über deren Handhabung in der Verantwortlichkeit von Fall zu Fall weitere Andeutungen zu geben überflüssig ist.

Eine neue Version verbreitet die „Münchener Post“. Danach soll sich Herr v. Bismarck (der an dem fraglichen Sonnabend übrigens nicht in Berlin war. Doch bemerkt haben, eine Verantwortlichkeit des Reichswesens zu verhindern. Auch in München und im Jagdschloß der Prinzregenten habe man die Verantwortlichkeit zu vermeiden gesucht. Herr v. Graßhoff soll sogar gegenüber dem in Berlin mit der Verhandlung über die Verantwortlichkeit betrauten Beamten seinem diplomatischen Eupl „eine bössere unbekanntes Rancune“ gegeben haben.

Was die von der „Nat. Ztg.“ erwähnte „ministerielle Praxis“ betrifft, dürfte die sich in Zukunft darzulegen regeln sollen, so hätte die verheerende Korrespondenz über den Sinn dieser ministeriellen Wendung etwas deutlicher werden können.

Vielleicht helfen wir ihr auf die Sprünge, wenn wir ihr vorlegen, sich die Frage verweigern zu lassen, ob sie in einem solchen Falle gehandelt hätte. Bismarck hätte wahrscheinlich in einer anregend stilisierten Darstellung gesprochen. Geschlossen hätte er wahrscheinlich mit der Erklärung der Verantwortlichkeit für den Fall der Verantwortlichkeit einer Verantwortlichkeit. Die Verantwortung ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß Graf Bismarck von einer Verantwortlichkeit „ministerieller Praxis“ nichts hält. Die Reichskanzler folgen einander, aber sie gleichen einander nicht.

Mit dem Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin ist es jetzt angeblich fertig. Wie die „Korr. Zeit.“ erzählt, werden „vorwiegend in nächster Zeit dem preussischen Landtage die bezüglichen Vorarbeiten zugehen. Zwischen werden von den verschiedenen Landmännern Grundwasser-Beobachtungen ausgeführt. Die Verantwortung ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß Graf Bismarck von einer Verantwortlichkeit „ministerieller Praxis“ nichts hält. Die Reichskanzler folgen einander, aber sie gleichen einander nicht.

Die Mitteilung scheint auf missigen Kombinationen zu beruhen. Von einer Trennung der Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg von dem großen Kanalvorlage hat man bisher nichts gehört. Selbst über die „große wasserwirtschaftliche Vorlage“ in der nächsten Session werden keine Verhandlungen gelegt wird, glaubt kein Mensch. Sie würde ohne Zweifel von der jütischen-agrarischen Mehrheit mit Bankrott und Trompeten abgelehnt werden.

Der Nachfolger Wangenheim's. Gegenüber einem Dementi des Organs des Bundes der Landwirte hält die „Allg. Ztg.“ die Mitteilung aufrecht, daß dem Kammerherrn v. Didenburg die Nachfolge des Herrn v. Wangenheim als Vorsitzender des Bundes der Landwirte in aller Form angetragen worden ist. Wer die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, weiß auch, daß Herr v. Didenburg diesen Antrag sipp und für abgelehnt hat.

Die offizielle Volksvereinsfassung soll auf die Basis einer neuen Wache gestellt werden, wenn die „Berl. Ztg.“ recht unterrichtet ist. Danach soll der Geh. Hofrath Dr. Lauer, der jetzt die „Nord. Allg. Ztg.“ nach außen hin vertritt, von seinem Posten zurücktreten. Ihn soll Herr Hugo Jacobi ersetzen, der bis vor kurzem das frühere Organ der Kruppgruppe, die „Berl. N. Ztg.“, redigiert hat. Herr Jacobi ist so viel wir wissen, im Reichslandtag als Abgeordneter für die Provinz Westfalen gewählt worden. Ihn zu halten, um dem Bundesgenossen ist es natürlich vollkommen gleichgültig, was die verheerliche Verantwortung für die offiziellen Reklamen übernimmt: dem Staatsoberhaupt werden sie schwerlich jemals Recht zum Einfließen bieten.

Herr Köhning wehrt sich. Er hat ein unwiderstehliches Anterieur des „Volks-An.“ über sich ergehen lassen, aber das u. a. berichtet wird: „Köhning“. So ist es schicklich an der Zeit der hart am Volke stehen. Herr Köhning wehrt sich. Er hat ein unwiderstehliches Anterieur des „Volks-An.“ über sich ergehen lassen, aber das u. a. berichtet wird: „Köhning“.

sich der andere, daß Eberhard ein glücklicher Mensch ist und Lebenswechsel verdient und verdient schnell und groß. Man gewinnt wieder die Lebensgenuss, daß er froh ist, sich als freier Mensch seinen Neigungen und seiner - Neigung, seiner wackelnden Liebhaber und anmaßlichen Frau leben zu können. Und als ein freier Mann sprach er auch freimütig sich aus.

Er die letzte Phase seiner „Affäre“, die Rundgebung der Finanzverwaltung, kündigt sich an.

Es wird darin, Herr Geheimrath, mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Ihre Haltung in der Polenfrage entscheidend gewesen ist.

„Polenfrage“ angetragene Erklärung liefert. Der Minister ist irreführend worden. Die Sache läuft auf Angelegenheiten hin, die ein Interesse über seinen Vorgesetzten gemacht hat. Wie ich in meinem Epilog angedeutet habe, waren unter an andere Umständen, die meine Erklärung betrafen, wohl in Berlin gelangt. Doch die der Minister Herr Geis über meine Erklärung, die ich erstattet. Dann aber beinahe die Gefährdung eines anderen Gesicht zu zeigen: Herr Geis machte über mich auch seine Maßnahmen ein. Das ist! Herr Geis hat die Verantwortung der Minister. Nach den Aussagen des Herrn Geis hätte er mich selbst erst hören müssen. Seneffs dürfte er den Oberpräsidenten nicht übergeben. Wenn, seinen Vorlesungen, hätte der Minister erst befragen sollen. Ist in seinen eigenen Haus, im Finanzministerium, bedauert es nur eine Frage an den Ministerialdirektor oder an diesen oder jenen der Geheimräthe. Wie ich schon zu Anfang sagte: Die darauf ertheilte Antwort war nicht „entweder“, sondern „für meine Ehre“. Die Verantwortlichkeit des Herrn Geis über meine Erklärung und meine Mitteilungen in der Polenfrage halten aber die Erklärung, daß Herr von Kappeler nicht den einen Gedanken hatte: „Der Mann muß ja!“

Was hätte denn Herr Geis über Ihre Erklärung zu sagen?

„Nun: Er war es doch, der dem Minister die Geschichte von den „Fiktiven“ erzählt, wie ich, Geis, zu der neuen „Coalition“ beizubringen. Ich bin natürlich nicht derjenige, der die Verantwortung des Ministers derartiges geschickt vertritt. Ich habe auch einen Vorwand, zu erklären, daß, wenn Herr von Kappeler nicht hätte kommen sollen und sich mit mir über meine Erklärung ausgesprochen hätte, ich auf seinen Wunsch meinen Rücktritt eingeleitet haben würde. Aber über die Minister nicht geben heißt unter dem Motto: er habe das Vertrauen zu mir, Herr Lorenz, wenn er seine Erklärung zu meiner Entschloßene bequidem und beschreiben will mit meiner Haltung in einer politischen Frage, so fühle ich mich berechtigt, mich dagegen zu wehren. Bedenken Sie, was es bedeutet, einem alten Beamten zu sagen, man habe zu ihm nicht mehr das volle Vertrauen! Trotzdem verheißt ich mich nur vor einem so intimen Kreis, und noch heute lebender ist die Absicht, durch die mein Epilog an die Öffentlichkeit gelangt.“

Was aber ist denn nun an den Augenblick auf Ihre Haltung gegenüber der Polenpolitik?

„Eine Haltung, welche ich so bei der Art meines Amtes gar nicht zu behaupten. Ich hatte eine Meinung, der ich, wie dies auch schon gesagt ist, im engen Kreise Ausdruck gab. Ich bin durchaus für eine energische Polenpolitik. Man kennt noch heute im Finanzministerium das Wort, das ich so häufig sprach: „Energievoll machen Sie für die deutsche Bevölkerung in der polnischen Grenzgebiete eine Milliarde kassig!“ Ich gebe also viel weiter als die Regierung. Aber über die Formen der Intervention hat sich kein Wort. Herr Köhning wünschte eine Milliarde für die Polenbelagerung; die Regierung hat dies zunächst nicht Millionen für vorläufig anstreben gehalten. Bei dieser Differenz der Auffassungen des Herrn Köhning, die sich von der „altpreussischen Sozialpolitik“ um 800 Millionen unterscheiden und das bei einem Beamten der „Finanzverwaltung!“ — was natürlich ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich. Das war natürlich die schlimmste, als wenn ein Landrat ein wütender Gegner der Sozialpolitik ist; nach den einen oder den anderen „Kanalreellen“ beinahe nicht geschindert hat, die Treppe hinaufzuführen.“

Wesentlichste Ereignisse. Drei Wesentlichste Ereignisse: Pöhlke gab es vor der Dänischer Staatskammer. Zwei Wesentlichste Ereignisse: Pöhlke gab es vor der Dänischer Staatskammer. Zwei Wesentlichste Ereignisse: Pöhlke gab es vor der Dänischer Staatskammer.

Vom Marianischen Kongress in Freiburg geht ein merkwürdiges Telegramm in die Welt. Danach wurde in der letzten Kongresssitzung:

„Hierdurch protest gegen die Lüge erhoben, daß die Katholiken die Mutter des Christen anbeten.“

Dieses Telegramm giebt der öffentlichen, von ultramontaner Seite kultivierten Wortklauberei Raum, die sich darin gefällt, „zwischen „verehren“ und „anbeten“ zu unterscheiden. Auf dieser Unterscheidung ruht die ultramontane Presse herum, wenn irgendwo davon gesprochen wird, daß das katholische Volk Heiligenbilder, Reliquien etc. „anbetet“. Mit großer Behemung wird alldem jedesmal der himmelstreichende Irrthum bestritten, der „anbeten“ und „verehren“ für ein und dasselbe hält. Aber eben oder verweigern wird dabei, daß im Volke selbst — man stelle sich die umgebenden Kreise in Spanien, Italien etc. vor — diese spitzfindige dogmatische Unterscheidung nicht gelöst und nicht verstanden wird. Aber eben oder verweigern wird dabei, daß im Volke selbst — man stelle sich die umgebenden Kreise in Spanien, Italien etc. vor — diese spitzfindige dogmatische Unterscheidung nicht gelöst und nicht verstanden wird.

Die Schließung der Werkmannschulen in Feanreich ist nunmehr vollständig durchgeführt worden. Jetzt

aber, nachdem diese Welt unter vielen Schwierigkeiten vollendet ist, bringt die „Magdeb. Ztg.“ eine höchst bemerkliche Nachricht aus Paris. Danach befindet sich die französische Regierung in Verlegenheit wegen der Unterbringung der Zöglinge der bisherigen Klosterchulen, so daß neuerdings die Frage aufgeworfen wird, ob nicht die provisorische Wiedereröffnung der Schulen gestattet werden soll. Der Ministerrat wird demnach hierüber beschließen.

Wir wollen hoffen, daß sich diese Forderung nicht bestätigt, denn das Organe dieser Maßregel wäre mit dem Selbstmord der Regierung gleichbedeutend.

Die alferbisch-mazedonische Bewegung. Nach einer Depesche der „Frankf. Ztg.“ aus Belgrad beruft die Zentralkomitee der Serben aus Albanien und Mazedonien nächsten Meeting ein, um gegen die türkischen Gewaltthatigkeiten gegenüber der christlichen Bevölkerung Mazedoniens und Albanien zu protestieren und ein energisches Einschreiten der Mächte anzuflehen.

Die Burengenerale in Europa. Gestern Vormittag um 9 1/2 Uhr kamen, wie wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, Dewet, Botha und Deloray in Utrecht an. Es wurden, wie überall, von einer großen Menschenmenge begrüßt, welche die Transvaalhymne aufstimmte. Die Begrüßung geschah durch Professor de Roux Namens der Südafrikanischen Vereinigung, durch Klagmann vom christl. nationalen Burengenerale und durch die Burengenerale Gemeinde von Utrecht. Die Burengenerale führten zunächst ins Hotel und darauf zu Krüger, wo sie ungefähr zwei Stunden verweilten. An der Konferenz nahmen noch J. H. Wessels, Wolmarans, Fisher, Reich, Dr. Leyds, Debrun, Grobler und Ferreira. Gestern Nachmittag fand im „Hotel des Pays Bas“ eine weitere Konferenz statt, ohne Krüger. Wie verlautet, bildete die Besprechung der Schritte, welche die Generale in England zu unternehmen gedenken, die Veranlassung zu den Konferenzen. Um fünf Uhr kehrten die Generale und die Deputation nach dem Haag zurück.

Nach einer Unterredung mit den Burengeneralen hat Frau Luise Meyer beschlossen, die Leiche ihres Mannes nach Südafrika bringen zu lassen. Die Burengenerale werden nicht nach Südafrika reisen, nur Botha wird seine Gattin dort hin begleiten.

Die Rückkehr der Buren nach Südafrika. 97 Buren, unter denen sich Grenze mit seiner Gattin befand, sind, wie aus St. Helena gemeldet wird, gestern nach Südafrika abgegangen.

Die Eröffnung des Reichs-Parlamentes hat gestern stattgefunden, nachdem die Volkswahlvertretung der Kolonie zwei Jahre hindurch suspendirt gewesen war. Über die Eröffnungssitzung meldet ein Telegramm aus Kapstadt:

Bei Eröffnung des Parlamentes hielt der Gouverneur eine Rede, worin er ausdrikt, daß eine Bill eingebracht werden wird, durch welche der Gouverneur und alle Beamten für die unter Reichsrecht vorgenommenen Handlungen entlastet werden. Sobald diese Bill durchgegangen sei, werde das Kriegsrecht aufgehoben werden. Weiter und weiter in der Rede wurde eine Bill erwähnt, welche die Umwandlung zur Verfassung, die unter Reichsrecht vorgenommenen Handlungen entlastet werden. Sobald diese Bill durchgegangen sei, werde das Kriegsrecht aufgehoben werden. Weiter und weiter in der Rede wurde eine Bill erwähnt, welche die Umwandlung zur Verfassung, die unter Reichsrecht vorgenommenen Handlungen entlastet werden. Sobald diese Bill durchgegangen sei, werde das Kriegsrecht aufgehoben werden.

Die Geschehene Verlesung nahm einstimmig und ohne Debatte eine Adresse an den König in die Königin an, worin angeführt wird, daß alle hoch seien, diesem großen Reiche anzugewandert, und bereitwillig für dessen Integrität einzutreten.

Banglam, aber sicher bringt sich Großbritannien in den Besitz der portugiesischen Kolonien in Südafrika. Aus London berichtet die „Frankf. Ztg.“: Ein Telegramm aus Lissabon meldet, die mit Lord Milner geführten Unterhandlungen umfassen bezüglich den Abschluss des Zolltarifvertrages zwischen den portugiesischen und den britischen Häfen Südafrikas, sowie die Abtretung eines ansehnlichen Landstriches für die projektierte Eisenbahn von der Swazi-Landgrenze nach der Küste.

Neue Christenverfolgungen in China werden aus Schanghai gemeldet. Ein amtliches Telegramm berichtet, daß ein Aufstand gegen die Christen in der Provinz Suwan ausgebrochen sei. Ein weiteres Telegramm berichtet, daß zwei englische Missionare ermordet worden seien, daß die dortige englische Konsulate eingeschlossen.

Wir wollen hoffen, daß diese Verfolgung ausbleibt. Aber diese immer wieder auftretenden national-chinesischen Zustände bereuen, was für einen geringen moralischen Gewinn der internationalen Kreuzung des Jahres 1900 auf das Christentum hinterlassen hat. Und nun diesen „Erfolg“ zu erreichen, hat Deutschland allein mehr als eine Viertel-Milliarde Mark ausgegeben!